

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Seiarichsorf, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungsverleger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechszeilige Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizeilige Zeile 1,75, für auswärtig 2,00 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 007

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 218.

Sonnabend, den 18. September 1920

70. Jahrgang.

In dem Verfahren betr. die Zwangsversteigerung des Grundbuchs für Müllengrund St. Michael Blatt 103 auf den Namen des Händlers — jetzigen Geschäftsinhabers — Hermann Dick in Müllengrund St. Michael eingetragen Grundstück wird der auf den 21. Oktober 1920 vormittags 9 Uhr vor dem hiesigen Amtsgericht anberaumte Versteigerungstermin aufgehoben.
Amtsgericht Lichtenstein-Callnberg,
den 14. September 1920.

Lebensmittelverkauf in Lichtenstein-Callnberg.
Erstklassige Erbsen, 1 Pfund zum Preise von 2,40 Mk.
Städtisches Lebensmittelamt.

Spartasse Hohndorf (Bez. Chemnitz).
Zinsfuß 3 1/2%. Tägliches Vergütung.
Postfachkonto Leipzig Nr. 21489.
Gemeinde-Stromkonto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung.
Unengeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren.
Geschäftszeit während des Sommerhalbjahres: 7 bis 12 Uhr vorm., 2—4 Uhr nachm. und an den Tagen vor Sonn- und Festtagen durchgehend von vormittags 7 bis nachmittags 1 Uhr.

Bekanntmachung,
betr. die Veräußerung bez. Vermietung der neu-
erhaltenen Bergmannswohnstätten.
Diejenigen Interessenten, welche beabsichtigen, eine
Wohnung in den vorausichtlich Mitte oder spätestens

Ende Oktober d. J. bezugsfertig werdenden Bergmanns-
wohnstätten zu mieten oder ein Bergmannsheim käuflich
zu erwerben, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb
der Zeit vom

20. bis 25. September 1920

im hiesigen Gemeindeamt — Zimmer Nr. 2 — während
der üblichen Geschäftsstunden bei Sekretär Müller zwecks
Eintragung in die Bewerberliste zu melden.

Die Wohnungen dürfen nur an Arbeiter oder Ange-
stellte des Kohlenbergbaues veräußert oder vermietet wer-
den. Hierbei sind nach dem vom Verein für Errichtung
von Bergmannswohnstätten herausgegebenen Richtlinien
hinderreiche Familien, Kriegsteilnehmer u. Kriegs-
beschädigte vorzugsweise zu berücksichtigen.

Hohndorf, den 16. September 1920.

Der Gemeindevorstand.
Schuster.

Krankeimehl und Krankenbrot.

Der Preis für Krankeimehl und Krankenbrot wird
ab Montag, den 20. September 1920 auf den Satz
des allgemeinen Weizenmehl- und Weiß-Brotpreises herauf-
gesetzt, also

	Großhandelspreis:	Kleinhandelspreis:
Krankeimehl frei		
Bäckerhaus ab Mühle 130 Mk. je Ztr.	1,60 Mk. je Pfd.	
Gröden	0,40 „ je 1/4 „	
Zwickau	4,25 „ je „	

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des
Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914.

Auf Krankbrotmarken darf in Zukunft nur Kran-
kenbrot, nicht Krankenmehl, verabfolgt werden. Kranken-
mehl wird nur auf besondere ärztliche Verordnung
noch abgegeben. Die Bezugsberechtigten erhalten hierfür
von der Ortsbehörde entsprechend abgestempelte Kranken-
brotmarken.

Zwischenhandlungen sind nach § 17 Ziff. 2 der Be-
kannmachung über die Errichtung von Preisprüfungs-
stellen und die Versorgungsregelung vom 25. September
1915 in der Fassung vom 4. November 1915 (RStBl. S.
728) strafbar.
R.-L. Nr.: 661. W.

Glauchau, den 18. September 1920.

Frhr. v. Welck, Amtshauptmann.

Bekanntmachung, die Ernteerhöhung der Spätkartoffeln im Jahre 1920 betr.

Auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung
und Landwirtschaft findet, nachdem die Freigabe der Wirt-
schaft mit Spätkartoffeln beschlossen ist, die Ernteerhöhung
für Kartoffeln, wie sie nach Punkt 11 der Ausführungs-
verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Ernte-
erhöhung im Jahre 1920 vom 18. Juni 1920 (RStBl. S. 138
der Sächsischen Staatszeitung vom 19. Juni 1920) be-
stimmt war, nicht statt.

Dresden, am 13. September 1920.
Wirtschaftsministerium.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist an die sächsischen
Grenzbehörden der Auftrag ergangen, keinerlei Lebensmit-
tel mehr, welcher Beschaffenheit sie auch sein mögen, über
die Grenze zu lassen. Man geht nicht fehl, wenn man
diese Maßnahme als eine Gegenwirkung des von tschechi-
scher Seite verhängten Standesrechts in den böhmischen Grenz-
orten auffaßt.

Laut „Derniere Heure“ sind die Sitzungen der Fi-
nanzkonferenz, die am 24. September beginnen, auf Wunsch
Frankreichs und Englands öffentlich.

Einer Meldung des „Vorwärts“ aus Hirschberg in
Schlesien zufolge wurde dort von der Kriminalpolizei im
Restaurant „Jägerwäldchen“ ein großes Waffenlager ent-
deckt, das aus etwa 2000 Gewehren, über 50 großen und
kleinen Maschinengewehren und sehr viel Munition besteht.
Die Waffen wurden beschlagnahmt und werden auf An-
weisung des Regierungspräsidenten vernichtet werden.

Aus Allenstein wird gemeldet: Der Schutzpolizei-
wachmeister Albrecht aus Buchwalde und der Landwirt-
sohn Guitav Sablotny sind nach Auslagen des Vaters des
Lehngenannten bei Eigenau, Kreis Osterode, von einer pol-
nischen Patrouille auf deutschem Boden festgenommen und
verschleppt worden.

Nach Annahme des Schiedspruches ist die Arbeit im
Hamburger Hafen wieder aufgenommen worden.

Die Erregung der christlichen und heidnischen
Bevölkerung Berlins gegen die Wahl des Herrn Dr. Lö-
wenstein zum Schulrat für die Einheitsgemeinde Groß-Ber-
lin wächst mit jedem Tage. Für morgen sind zahlreiche
Protestversammlungen angesetzt, auch ist eine deutsch-natio-
nale Interpellation in der preussischen Landesversammlung
zu erwarten.

Wie der „Temps“ meldet, hat Frankreich Vorstellun-
gen wegen der schlechten Beschaffenheit der von Deutsch-
land gelieferten Kohle erhoben. Die schlechte Beschaffen-
heit der gelieferten Kohle verhindere bis jetzt Frankreich
die Erfüllung des Spaer Abkommens zugunsten. —
Einen Grund muß man haben.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat der Gewerkschafts-
bund der Regierung einen Bericht zukommen lassen, in dem
er eine syndikalistische Kontrolle der ganzen italienischen In-
dustrie verlangt.

Nach französischen Mitteilungen ist Präsident Descha-
nel geisteskrank, er stürzte sich in einem Anfall in den

Kanal, um sich das Leben zu nehmen, konnte aber geret-
tet werden.

Savas meldet: Die alliierten Kabinette haben in
der russischen Frage den wichtigen Beschluß gefaßt, daß die
Sowjetregierung nicht als rechtmäßig anzuerkennen sei, auch
nicht, wenn der Frieden mit Polen zustande kommt und die
übrigen Bedingungen der Alliierten von Sowjetrußland an-
genommen werden.

Die polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Mos-
kau: Tschitscherin wird persönlich an die Spitze der russi-
schen Friedensdelegation in Riga treten.

Deutsches Reich.

Dresden. (Rostbandarbeiten.) Wie die sächsische Re-
gierung bereits im vorigen Jahre zur Linderung der Ar-
beitslosigkeit zahlreiche Straßenbauten in Angriff genommen
hat, bei denen jetzt noch viele Arbeiter beschäftigt werden,
die früher erwerbslos waren, hat sie im Hinblick auf die
Zunahme der Arbeitslosigkeit in allen Landesteilen neuer-
dings wieder neben anderen umfangreichen Rostbandar-
beiten den Bau neuer und die Verbesserung bestehender
Straßen eingeleitet. Es handelt sich dabei um eine Bau-
länge von mehr als 23 Kilometer. Mit den Arbeiten soll
sofort begonnen werden. Außerdem ist der Bau der Mul-
denberger Talperle in Angriff genommen worden, wobei
mehrere hundert Arbeiter auf voraussichtlich 3 Jahre Be-
schäftigung finden werden. Hierbei sind die ersten Beden-
ken zurückgestellt worden, die bei der bedrängten Finan-
zlage des Staates gegen diese neue schwere Belastung des
Staatshaushalts bestehen.

Berlin. (Rücktritt des Finanzministers.) Wie dem
„Berl. Tgbl.“ vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, scheidet
der Rücktritt des Reichsfinanzministers Wirth unmittelbar
bedorzustehen. Eine Reihe von Schwierigkeiten, die es
ihm unmöglich machen, gewisse Finanzreformen in seinem
Sinne durchzuführen, sollen die Ursache zu dem Entschluß
des Ministers sein. Das „B. L.“ gibt diese Nachricht,
für die eine amtliche Bestätigung noch nicht zu erhalten
war, mit Vorbehalt wieder.

(Noske gegen den hohen Kartoffelpreis.) In einer
von mehr als 3000 Personen besuchten Versammlung in
Hannover, die sich mit der Versorgungsfrage beschäftigte,
erklärte Oberpräsident Noske, er werde keinen Zweifel
darüber aufkommen lassen, daß an einen Kartoffelpreis
von 30 Mk. nicht gedacht werden könne. Wenn Not

Eisen bricht, dann breche Not auch einen Paragraphen.
Er werde den behördlichen Apparat, der in seine Hand
gelegt sei, jederzeit nachdrücklich im Interesse der breiten
darbenden Bevölkerung zur Anwendung bringen.

(Arbeitslosendemonstrationen.) Nachdem die Stadt-
verordnetenversammlung in Solingen den Antrag der Er-
werbslosen auf eine hundertprozentige Erhöhung der Unter-
stützung abgelehnt hatte, drangen die vor dem Sitzungs-
gebäude in großer Menge auf der Straße sich aufhaltenden
den Erwerbslosen vor den Sitzungssaal und verlangten un-
ter Drohungen die Annahme ihrer Forderungen. Sie hatten
kleine Kinder mitgebracht, die sie als Zeugen des Elends
auf den Tisch des Hauses stellten. Der Bürgermeister schloß
die Sitzung und eruchte die herbeigerufenen Polizei, den
Saal zu räumen. Die Erwerbslosen zogen aber auch dann
noch nicht ab und verlangten Wiedereröffnung der Sitzung
und Teilnahme des Erwerbslosenrates. Die Forderungen wur-
de entsprochen. Die Sozialdemokratische Partei bewilligte
unter dem Druck der Straße die Forderungen. In Solin-
gen sind etwa tausend Erwerbslose, sodaß der Stadt durch
die Bewilligung eine Mehrausgabe von 480 000 Mark ent-
steht.

(Die Abstimmung in Cupen ungültig?) Der „New-
port Herald“ erfährt über die gestrige Sitzung des Völker-
bundesrates: Das Ergebnis der Volksabstimmung in Cupen
und Malmedy wurde nicht bestätigt. Es wurde beschlossen,
eine Kommission einzusetzen, welche das Gesamtmaterial noch
einmal prüfen und feststellen soll, ob die Volksabstimmung
in richtiger Form vor sich gegangen ist. — Da die ganze
französische Presse sich über die gestrige Sitzung des Völker-
bundesrates ausspricht, ist wohl anzunehmen, daß diese Mel-
dung des „Newport Herald“ zutreffend ist. Weiter wird
von dem „Newport Herald“ mitgeteilt, daß der spanische
Botschafter gestern erklärt habe, er werde in der näch-
sten Sitzung des Völkerbundes, im November, die Zulaf-
assung Deutschlands zum Bunde beantragen, worüber in
der französischen Presse eine tiefe Mißstimmung zu ver-
zeichnen ist.

(Vor einem monarchistischen Staatsstreich in
Bayern?) Unter der sensationellen Überschrift „Königs-
mache in Bayern“ veröffentlicht der „Vorwärts“ in seiner
gestrigen Abendausgabe einen Artikel, in dem er schreibt:
„Die sozialistische Partei in Bayern erhielt von verschiede-
nen Seiten, aus einer Reihe von Einwohnerwehren, die
Mitteilung, daß anlässlich des am 25. September in Mün-
chen stattfindenden Landeschießens der Einwohnerwehren,